

Kapital bewegt

Attac, die Finanzmärkte und das Elend linker Kritik

Seit sich Attac ausgehend von Frankreich auch auf dem deutschen Bewegungsmarkt etablieren konnte, schießen die Mutmaßungen ins Kraut, was wohl die dominanten Überzeugungen der AktivistInnen dieses enorm anwachsenden globalisierungskritischen Netzwerks sein mögen. Während die einen eher vielfältige, mitunter konkurrierende Deutungsmuster über Wesen und Wirken des globalisierten Kapitalismus ausmachen können, nehmen andere äußerst reduktionistische Zuschreibungen vor. Demnach sei Attac Teil einer „außerparlamentarischen Sozialdemokratie“, leide an einem „reduzierten Staats- und Kapitalismusverständnis“ (BUKO 2001) und trage ein „idealisiertes Bild (...) des Wirtschaftswunderkapitalismus“ (Michael Heinrich in Konkret 9/2001) vor sich her. Wieder andere erkennen „abgestandenen linksradikalen Antikapitalismus“ (Joschka Fischer in der Süddeutschen Zeitung, 28.7.2001) und bezeichnen GlobalisierungskritikerInnen schon mal als „kopflöse Idioten“ (Daniel Cohn-Bendit laut Taz, 15.8.2001).

Jedoch lässt sich Attac nicht umstandslos auf einen ideologischen Nenner bringen. Zur Realität dieses Netzwerks gehört nun einmal, dass sich hier neben VertreterInnen verschiedener Organisationen – Solidaritätsgruppen, Gewerkschaften, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen – sehr viele unorganisierte und undogmatische Linke engagieren, mithin ein breites Meinungsspektrum. Die ebenfalls häufig vorgenommene Charakterisierung als „Ein-Punkt-Bewegung“, die ausschließlich die Einführung der Tobin-Steuer fordern würde, trifft ebenfalls nicht zu. Der Forderungskatalog umfasst u.a. Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, Stabilisierung der Wechselkurse, Schließung von Steueroasen, Verbot von Hedge Fonds und spekulativer Derivate, keine Privatisierung der Alterssicherung sowie die Entschuldung von Entwicklungsländern. Zudem erweitert sich die Palette gegenwärtig auf Bereiche jenseits des engeren Feldes der Finanzmärkte – jetzt werden auch Fragen des Welthandels, der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Dienstleistungen aufgegriffen. Als erfreulichstes Moment erscheint dabei, dass sich eine breite soziale Bewegung überhaupt wieder mit Ökonomiekritik befasst und diese Kritik durch öffentlichen Protest auf die Tagesordnung der parlierenden Gesellschaft bringt.

Dieser aufkeimenden Protestbewegung nun ihre Verkürzungen, Verkehrungen und sonstigen analytischen Defizite vorzuhalten, macht angesichts des Zustands und Stellenwerts kritischer Theorie sowie der Bewegungsfeindlichkeit mancher Linker wenig Sinn. Zutreffend beschreiben Ernst Lohoff und Norbert Trenkle den Protest der GlobalisierungsgegnerInnen: „Zunächst einmal ist er eine Reaktion auf die zunehmende Unerträglichkeit der kapitalistischen Verhältnisse und die wachsenden Zumutungen der neoliberalen Krisenverwaltung. Dass sie einen äußerst diffusen ideologischen Ausdruck findet, kann nicht weiter verwundern, denn darin spiegelt sich das Gesamtelend des gesellschaftskritischen Denkens in den letzten zwanzig Jahren wider. Als der Ende der neunziger Jahre neu erwachte Protest gegen den „Terror der Ökonomie“ antrat, rückte er damit auf ein Feld vor, das die Gesellschaftskritik mit theoretischem Anspruch (fast) restlos geräumt hatte“ (in Jungle World, 33/2001). Folglich stellt die Anti-Globalisierungsbewegung

Anfragen an kritische Theorie, die diese entweder kaum oder – je nach theoretischen Präferenzen – nur sehr widersprüchlich zu beantworten vermag. Seltsam mutet es dann an, wenn die Kritik an Attac und anderen Gruppen so formuliert wird, als seien die theoretischen Fragen längst beantwortet.

Dreisprung zum monetären Weltmarkt

Zunächst reagierte Attac auf Phänomene, die empirisch einigermaßen gesichert sind. Strittig ist dagegen deren Interpretation. So wird weitgehend anerkannt, dass sich seit den 70er Jahren aufgrund von Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen sowie des Übergangs zu einem System flexibler Wechselkurse ein monetärer Weltmarkt entwickelt hat, welcher durch höhere Instabilität und das immer häufigere Auftreten von Finanzkrisen mitsamt dramatischer Verelendungsprozesse begleitet wurde. Vom Ausbruch der Schuldenkrise in den 80er Jahren über die Mexiko- und Asienkrise in den 90er Jahren bis zu den aktuellen Turbulenzen in Argentinien und der Türkei scheint sich dieser Reigen auch in der Zukunft und vor allem in den Ländern des Südens fortzusetzen. Ferner ist dieser monetäre Weltmarkt weder einfach naturwüchsig, noch durch die freie Hand des Marktes entstanden. Vielmehr sind staatliche Geburtshelfer mit am Werke gewesen. Jedoch spricht einiges dafür, dass dieser Prozess, sobald er einmal in Gang gesetzt wurde, eine Dynamik „kompetitiver Deregulierung“ (Hübner 1999) entfaltete, der sich einzelne Staaten kaum mehr entziehen konnten.

Sichtbarer Ausdruck ist die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen, welche bis Mitte der 90er Jahre in den meisten Industrieländern vollzogen wurde und damit den weitgehend unbehinderten Kapitalverkehr ermöglichte. Entwicklungs- und Schwellenländer, die vielfach noch an Kapitalverkehrskontrollen festhalten, werden durch politischen und ökonomischen Druck, u.a. im Zusammenhang mit Strukturanpassungsmaßnahmen, ebenfalls zur Liberalisierung genötigt. Katalytisch wirkte ferner die schon in den 60er Jahren begonnene Etablierung der sog. „Euromärkte“, welche den Handel mit Devisen außerhalb ihres Währungsgebiets erlauben. Durch die von der britischen Regierung geschaffene Möglichkeit, Dollar-Geschäfte zu günstigen Konditionen in der City von London abzuwickeln, konnten sich US-amerikanische Banken den verschärften US-Auflagen entziehen. Der Verlust von Finanzgeschäften an London sowie in der Folge an zahlreiche weitere Offshore-Finanzzentren löste wiederum eine Welle von Deregulierungen der nationalen Finanzplätze aus. Die Banken- und Börsenaufsicht wurde gelockert, Zinsbeschränkungen aufgegeben und riskantere innovative Finanzinstrumente (Derivate) zugelassen. Wichtige Bedingung für die Herausbildung des monetären Weltmarkts war also der Dreisprung von der Aufgabe fixierter Wechselkurse über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs bis zu den Deregulierungen nationaler Finanzmärkte (Huffs Schmid 1999: 119f.).

Widerstreitende Interpretationen

Einer der häufig vorgebrachten Vorwürfe lautet nun, dass Attac den internationalen Finanzmärkten eine dominante Rolle zuschreibe und lediglich deren „Entfesselung“ regulierend entgegenzutreten wolle. Damit fröne die Bewegung einem reduzierten Kapitalismusverständnis und habe mit der Sphäre der Produktion, wo die kapitalistische Ausbeutung schließlich stattfindet, ihren Frieden gemacht. Bei Sichtung kritischer Literatur zur Bedeutung des internationalen Finanzsystems wird aber deutlich, dass Attac sehr wohl ein relevantes Phänomen aufgreift und politisiert. Jedoch ist dessen theoretische Einbettung umstritten oder noch gar nicht abgeschlossen. Dies wird exemplarisch deutlich an den Debatten um die sog. „Entkopplungsthese“ und um ein „finanzgetriebenes Akkumulationsregime“.

Streit entzündete sich an der Frage, inwieweit das quantitative Wachstum der Finanztransaktionen es rechtfertigt, von einer „Entkopplung“ der monetären von der realen Sphäre zu sprechen. Diese These stößt aufgrund ihrer Eingängigkeit und vordergründigen Plausibilität auch bei vielen Attac-AnhängerInnen auf Zustimmung. Als sinnfälliges Beispiel wird auf das beträchtliche Anwachsen des Devisenhandels verwiesen: Während die globalen Devisenumsätze 1977 noch 18,3 Mrd. US-\$ pro Tag betragen, wuchsen sie bis 1999 auf 1,8 Billionen US-\$, wobei 80% der Devisengeschäfte eine Anlagedauer von weniger als 7 Tagen haben. Dagegen betrug der weltweite Handel mit Gütern und Dienstleistungen im Jahr 1999 lediglich 6,8 Billionen US-\$. In einem stark vereinfachenden Vergleich könnte gesagt werden, dass der Devisenhandel von weniger als vier Tagen ausgereicht hätte, um den gesamten Handel des Jahres 1999 abzuwickeln.

Elmar Altvater (1999) schlussfolgert: „Die Finanztransaktionen haben also nur noch sehr wenig mit der realen Wirtschaft zu tun. (...) Dies kann als ein klares Indiz für die Entkopplung der monetären von der realen Sphäre interpretiert werden, auch wenn diese Entkopplung niemals total sein kann und sich krisenhaft Geltung verschafft.“ Aufgrund des schnelleren Wachstums der monetären Akkumulation im Vergleich zur realwirtschaftlichen Akkumulation steigen die Zinsansprüche des Finanzkapitals derartig stark an, dass sie für die Schuldner, seien dies Staaten oder Unternehmen, nicht mehr zu erfüllen sind, es droht die Krise. Die Finanzforderungen üben gerade dann eine besonders destabilisierende Wirkung aus, wenn die Verzinsung von Finanzanlagen über der Rentabilität von realwirtschaftlichen Investitionen liegt. In einer solchen Situation können realwirtschaftliche Investitionen aufgeschoben werden oder mitunter ganz unterbleiben, ein Phänomen, das als „zinsinduzierte Profitklemme“ bezeichnet wird.

Gegen die Entkopplungsthese werden jedoch verschiedene Einwände vorgebracht. So würden auch über den Kapitalrenditen liegende Zinssätze noch keine Rückschlüsse auf Anlagestrategien des Unternehmenssektors zulassen (vgl. Hübner 1999). Diese könnten zwar die Kreditkosten für die Unternehmen erhöhen, sie können aber auch einen Rationalisierungsschub auslösen, der zur Steigerung der Profitrate führe. Schließlich lege ein Teil des industriellen Sektors seine Profite selbst zinstragend an, sodass höhere Zinsen zu höheren Einnahmen führen, die wiederum produktiv im Unternehmen investiert werden können. Statt von einer Entkopplung spricht Kurt Hübner daher von einer „relativen Verselbständigung des monetären Weltmarkts“ (ebd.). Einerseits würden mit den Finanzinstrumenten auch Einkommen generiert, die realwirtschaftlich investiert werden können. Andererseits gebe es ein spezifisches Wachstum der monetären Größen, indem

Finanztitel in zunehmenden Maße auf sich selbst bezogen seien, sich also relativ verselbständigen.

Ein neues Akkumulationsregime?

Neuere Arbeiten der französischen Regulationsschule, vor allem von Robert Boyer und Michel Aglietta, reagieren ebenfalls auf die Veränderungen der Finanzsphäre. Die Regulationstheoretiker diskutieren, inwieweit sich ein kohärentes „finanzgetriebenes Akkumulationsregime“ bzw. ein „Regime des Vermögensbesitzes“ eingestellt habe. Nach Michel Aglietta (2000) steht die Kapitalwirtschaft in einem solchen neuen Akkumulationsregime „im Dienste der Maximierung des durch Aktien erzielten Profits“. Produktinnovationen verringern die Kosten und schaffen Profite, die es erlauben, Dividenden auszuschütten, welche wiederum die Börsenkurse ankurbeln. „Die Entwicklung der Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmerschaft erhöht das Vermögen der Haushalte“ (ebd.), was wiederum deren Konsum anregen würde. Eine stabile Regulationsweise dieses Shareholder-Kapitalismus habe sich zwar noch nicht verallgemeinert, könne sich aber von den USA ausgehend auch in Europa etablieren. Als Schwäche dieses Regimes des Vermögensbesitzes sieht Aglietta jedoch die grundsätzliche finanzielle Instabilität.

Die Kritik an der These eines finanzgetriebenen Akkumulationsregimes setzt genau daran an. Das jüngste Platzen der Spekulationsblasen an den „neuen Märkten“ enthülle die Fragilität des angeblichen neuen Akkumulationsregimes. Auch sei es im Vergleich zur fordistischen Phase, die durch industrielle Massenproduktion und Klassenkompromisse gekennzeichnet war, aufgrund zunehmender sozialer Ungleichheit instabiler. Denn von Aktienkurssteigerungen profitieren vor allem wohlhabende Schichten, während untere Schichten nach wie vor von zunehmend volatileren Lohneinkommen abhängig sind. Einigkeit herrscht aber, dass sich ein finanzgetriebenes Akkumulationsregime noch nicht global durchgesetzt habe und dass es mit größerer Instabilität und Krisenanfälligkeit einherginge (vgl. Dräger 2001, Sablowski/Alnasser 2001).

Werttheoretische Spekulationen

Aus der Perspektive einer marxistischen „monetären Werttheorie“ schließlich erscheinen weder Entkopplung, noch ein finanzgetriebenes Akkumulationsregime begründbar, denn Marx habe gezeigt, „dass Kreditverhältnisse zur Produktion nicht als äußerliche Momente hinzukommen, sondern dass der kapitalistische Reproduktionsprozess ohne Kredit überhaupt nicht möglich ist“ (Heinrich 2001). In einem entwickelten Kredit- und Bankensystem werden die Kreditverpflichtungen selbst zu verkäuflichen Waren und es entstehen immer neue Finanzinnovationen, die Ansprüche auf künftige Zahlungen darstellen. Die Finanztitel stellen die Basis des vom industriellen Kapital zu unterscheidenden „fiktiven“ Kapitals dar. „Spekulation“, d.h. das Spiel mit Erwartungen, ist hier kein Abweg, keine Degeneration, sondern der normale, ja der überhaupt einzige mögliche Umgang mit fiktivem

Kapital. Ebenso normal sind auch die Hausse und der nachfolgende Crash“ (ebd.). Die Krise nehme damit erst im kapitalistischen Gesamtprozess konkrete Gestalt an.

Auf der Basis solch werttheoretisch begründeter objektiver Gesetzmäßigkeiten wird nun versucht, GlobalisierungskritikerInnen als naiv vorzuführen. Da sie die Finanzmärkte als die entscheidende Triebkraft hinter der „Entfesselung“ des Kapitalismus ansehen würden, seien sie quasi betriebsblind: „Als Problem gilt ihnen nicht schon die Art und Weise, wie der Reichtum produziert, sondern erst wie er verteilt wird“ (M. Heinrich in Konkret 9/01). Dem ist entgegenzuhalten, dass die empirisch zutreffende Beobachtung eines Wachstums der Finanztitel noch lange nicht zu der Annahme verleiten muss, die Finanzmärkte seien die Sphäre kapitalistischer Ausbeutung. Die Reaktion sozialer Bewegungen auf einen wahrgenommenen Formwandel der Akkumulation mündet auch nicht zwangsläufig in der Leugnung der Relevanz des Produktionsprozesses. Die Wahrnehmung solcher historisch-konkreten Veränderungen kapitalistischer Akkumulation ist vielmehr unabdingbar für die Formulierung politischer Strategien und die Entwicklung von Handlungsfähigkeit. Auch aus diesem Grund bemüht sich z.B. die Regulationsschule um die Erfassung historischer Brüche in der Entwicklung des Kapitalismus.

Ob ein solcher Formwandel des Kapitalismus nun mit „Entkopplung“ oder „relativer Verselbständigung“ der monetären Sphäre, als „finanzgetriebenes Akkumulationsregime“ oder auch ganz anders beschrieben werden sollte, ist keine Entscheidung, die von einer sozialen Bewegung erwartet werden kann. Man kann aber erwarten, dass sie diese Debatten zur Kenntnis nimmt, um kritisch ihre eigene Praxis zu reflektieren. Diese Praxis jedoch per se als Beitrag zum „Alltagsgeschäft bürgerlicher Politik“ (M. Heinrich) abzuqualifizieren, ist unangemessen. Schließlich kann nicht ernsthaft dafür plädiert werden, die zunehmende Häufigkeit immer schärferer Finanzkrisen mit ihren verheerenden Auswirkungen widerstandslos hinzunehmen, nur weil die Krise im Kapitalismus „normal“ ist. Über die in einer konkreten gesellschaftlichen Situation angemessenen Mittel zur Bekämpfung von Finanzkrisen kann man gern streiten, das Grundanliegen ist aber nicht verhandelbar.

Thomas Fritz

***Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung – BLUE 21 / ATTAC
erschieden in: iz3w, Jan/Feb 2002, Heft 258***

Literatur:

Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg.

Altvater, Elmar (1999): Den Mechanismus der Globalisierung regulieren. In: BAG Wirtschaft und Finanzen Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): Internationale Finanzmärkte und Reformpolitik – wer steuert wen?, Bad Breisig, S. 18-27.

BUKO 2001: Globalisierungskritik, Genua, Gewalt. Positionspapier des Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft.

Dräger, Klaus (2001): Baustelle Neomarxismus. In: PROKLA 123, Jg. 31, Nr. 2, S. 177-201.

Heinrich, Michael (2001): Monetäre Werttheorie. In: PROKLA 123, Jg. 31, Nr. 2, S. 151-176.

Huffs Schmid, Jörg (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg.

Hübner, Kurt (1999): Globale Geld- und Finanzmärkte und sozial-ökologischer Pfadwechsel. Politische Handlungsmöglichkeiten und ökonomische Zwänge. In: Hein, Wolfgang/Fuchs, Peter (Hrsg.): Globalisierung und ökologische Krise, Hamburg, S. 125-151.

Sablowski, Thomas/Alnasseri, Sabah (2001): Auf dem Weg zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime? In: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg, S. 131-149.